

Der Deutsche Metallarbeiter

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeter

für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig.
Inverlangt eingehende Manuskripte ohne Beschriftung eines adressierten und
frankierten Briefumschlages werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt.

Eigentum des Christlichen Metall-
arbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Fernruf 3366
und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften
und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 38

Duisburg, den 18. September 1926

27. Jahrgang

Die deutschen Unternehmer zur Arbeiter- u. Gewerkschaftsfrage

Die diesjährige Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Dresden hat weithin das größte Interesse gefunden. Unter anderen auch für uns beachtlichen Ausführungen, die dort gemacht wurden, verdient insbesondere die Rede, die Generaldirektor Dr. Silberberg hielt, die stärkste Beachtung der Arbeitererschaft. Herr Dr. Silberberg sprach über das Thema: „Das deutsche Industriellentum der Nachkriegszeit“ und fand, wie die R. W. berichtet, mit seinen Darlegungen außerordentlich starken Beifall. Insbesondere interessiert uns jener Teil seiner Rede, der das industrielle Unternehmertum und die Arbeitererschaft betrifft.

Nachdem er sich gegen eine nach seiner Ansicht bestehende Neigung zur Ueberorganisation bei den Arbeitnehmern gewandt hatte, führte er aus, daß es rückwärts und dankbar anerkannt werden muß, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügten, sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeitern und Soldatenräten wieder zu einem geordneten Staatswesen zu führen. Dr. Silberberg hofft, daß die gegenwärtige Krise sich auch auf die Gewerkschaften erstrecken wird, aber auch auf die Ueberorganisationen, die sich in dem Verbandswesen des industriellen Unternehmertums gebildet haben. Gegenüber der Stimmung nach der Revolution ist eine starke Ernüchterung der Arbeitererschaft erfolgt, was von einflussreichen Arbeiterführern und Unternehmern vorausgesagt wurde. Wenn aus Kapitalmangel die Arbeitsgelegenheit schwindet, verkleinert gleichzeitig die Konsumkraft des inneren Marktes und weitere Schwächung der Produktion in der Arbeitsgelegenheit folgt.

Das heutige geltende System der Sozialfürsorge muß in der breiten Masse zu der Auffassung führen, daß sie gegenüber dem Staat nur politische und soziale Rechte, aber keine Pflichten hat. Trotz der wirtschaftlichen Umgestaltung läuft die Sozialpolitik noch in den alten Gleisen der behördlichen Fürsorge und Bevormundung der Arbeitszeit und Lohnregelung ohne neue Ideen und immer mehr Mechanisierung statt geistigen und erneuernden Aufbaus.

Schäferschönau kann man nicht sagen, daß die Einstellung des Unternehmertums zur Arbeitererschaft und zu den Organisationen immer eine glückliche gewesen ist. Die Zentralarbeitsgemeinschaft ist nicht zurecht im Leben gekommen. Das Unternehmertum hat sich spät entschlossen, in den Gewerkschaften die Vertretung der Arbeitererschaft anzuerkennen. Dieser Fehler des Unternehmertums liegt wesentlich in der Vorkriegszeit, er hatte aber die Kämpfe der Nachkriegszeit zur Folge. Es ist nun nicht zu verkennen, daß sich in dem deutschen Unternehmertum eine Wandlung der Geister vollzogen hat.

Die in den christlichen Gewerkschaften organisierte Minderheit leidet unter allen Schwächen einer Minderheit, die sich vor allem in der Ueberspannung sozial- und lohnpolitischer Forderungen ausdrückt, die wieder bei der Mehrheit, den freien Gewerkschaften, die Tendenz zum Ueberbieten auslöst. Die aus diesem Wettkampf entstehenden Schwierigkeiten gelten auch in demselben Umfang für die Zentrumspartei solange die Sozialdemokratie Oppositionspartei ist. Deshalb ist es eine auf die Dauer schädigende Lage, wenn die Sozialdemokratie in verantwortungsfreier Opposition steht.

Es kann nicht ohne die Arbeitererschaft regiert werden, deshalb muß die deutsche Sozialdemokratie zur Verantwortung heran. Sie wird auch als Partei zu Grunde gehen, wenn sie sich nicht hierzu entschließt. Ich glaube, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß das Heil für Deutschland nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeitererschaft liegt. Und daß deshalb die Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei angefordert werden muß. Wir haben in Deutschland zusammen viel wieder aufzubauen. Dazu sind Unternehmertum und Arbeitererschaft berufen. Die Organisationen der Arbeitererschaft haben viel erreicht, werden aber nie Arbeit schaffen können. Das kann nur das Unternehmertum, das eine geistig und körperlich gesunde Arbeitererschaft hinter sich weiß. Ich glaube an die vertrauensvolle und zukunftsreiche Zusammenarbeit der gewaltigen Kräfte, die in unserem Volke Unternehmertum und Arbeitererschaft darstellen.

Es ist gewiss an sich zu begrüßen, wenn eine solch bedeutsame Tagung Stellung nimmt zur Arbeiter- und Gewerkschaftsfrage, um so mehr, als man hört, daß dieser Teil der Silberberg'schen Rede auf einmütigen Beschluß des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zurückzuführen ist. Besonders drei Punkte der Rede sind es, die uns interessieren: 1. Die Stellung zur Arbeiter- und Gewerkschaftsfrage überhaupt, 2. die Haltung gegenüber der sozialistischen Bewegung und 3. die Beurteilung der christlichen Gewerkschaften. Was wir vor allen Dingen zunächst begrüßen, das ist die Feststellung, daß die alten Gewerkschaften sich große Verdienste um die Wiedereinführung geordneter Zustände nach unserem Zusammenbruch im Jahre 1918 erworben haben, das ist weiter die Preisgabe der Erkenntnis, daß nicht ohne Arbeitererschaft regiert werden kann und daß endlich das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeitererschaft liegt. Die Anerkennung der Verdienste der Gewerkschaften und das Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit den Arbeitern ist indes nicht neu. Im Reichsverband der deutschen Industrie sind wiederholt ähnliche Töne geredet und geschrieben worden. Sie haben leider nicht das erwünschte Echo im Unternehmertum gefunden. Im Gegenteil, es ist sogar die betrübliche Feststellung notwendig, daß fast im gleichen Verhältnis, wie von Arbeitsgemeinschaft und Zusammenarbeit mit der Arbeitererschaft geredet und geschrieben wurde, der Druck auf die Arbeitererschaft sich verschärfte. Insbesondere die letzten Jahre sind in dieser Hinsicht wahre Leidensjahre für die Arbeitererschaft gewesen. Zunächst wurde trotz der Ansichten einzelner industrieller Führer in der den Unternehmern nahestehenden Presse eine geradezu fanatische Hege gegen die Arbeitererschaft, ihr Interessen und gegen ihre Organisationen betrieben, die nicht mehr zu überbieten ist. Besonders die „Deutsche Arbeiterzeitung“ und die „Deutsche Bergwerkszeitung“ taten sich hierbei rühmlich hervor. Aber auch die Spalten der Zeitschrift der Ver-

einigung „Der Arbeitgeber“ hielten sich nicht frei von Auffäßen und Darlegungen, die im direkten Gegensatz zu jenen Erkenntnissen der Silberberg'schen Rede stehen. Daneben wurde ganz im Geiste jener Hege auch die Deffenlichkeit bearbeitet in Konferenzen, in Eingaben an Regierung, Parlament und Behörden. Immer und immer wieder war es die Arbeitererschaft, von der man Opfer verlangte: Verzicht auf den Tarifvertrag, den Urlaub, den heutigen sozialen Schutz. Besonders schlimm aber sah es in der Praxis des wirklichen Lebens aus. Der Druck auf die Arbeiter in den Betrieben ist kaum noch zu überbieten. Und das entscheidet letztlich, sonst bleiben alle Reden graue Theorie. Die Zusammenarbeit mit der Arbeitererschaft ist möglich, aber nur auf der Grundlage voller und ehrlicher gegenseitiger Anerkennung der Gleichberechtigung. Zu einer solchen Zusammenarbeit haben sich die christlichen Gewerkschaften stets bekannt. Nicht sie haben die Gemeinschaftsarbeit sabotiert. Wir würden es begrüßen, wenn der ehrliche Wille zum Zusammenwirken mit der Arbeitererschaft sich bis in die letzten Glieder des deutschen Unternehmertums durchsetzte. Das macht allerdings eine radikale Abkehr vom heute herrschenden Geiste notwendig. Und an eine solche glauben wir sobald nicht.

Dann aber haben alle die Feststellungen Dr. Silberbergs in dieser Hinsicht Nachklänge, die den Weg der vertrauensvollen Zusammenarbeit ungemein zu verbauen geeignet sind und eine völlige Verkennung des Wesens der deutschen Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Herr Dr. Silberberg steht bei seinen Darlegungen anscheinend nur die Sozialdemokratie.

In den kommenden Wochen darf kein Mitglied in der Werbearbeit!

versagen. — Die Stunde verlangt einen starken Christlichen Metallarbeiterverband! Seine Stärke ist uns Schutz und Schild

Hier stellt Dr. Silberberg sicher ein Ziel auf, welches von größter innenpolitischer, wie auch gewerkschaftlicher Bedeutung wäre, an dessen Verwirklichung wir allerdings vorab nicht glauben. So leicht läßt sich eine jahrzehntelang mit der Lehre des Klassenkampfes verhegte Arbeitererschaft nicht umstellen, daß sie für die Idee der Volksgemeinschaft empfänglich würde. Und die Rücksichtnahme auf diese Strömungen wirft die Sozialdemokratie immer wieder in das Fahrwasser der Tagesmeinungen.

Die christlichen Gewerkschaften kommen bei Dr. Silberberg nicht besonders gut fort. Sie seien die Träger der weitgehendsten sozial- und lohnpolitischen Forderungen und beeinflussten damit die Sozialdemokratie zu Ueberbietungen aus agitatorischen Gründen. Das ist an sich eine Variation des alten Unternehmervortwortes, wenn auch in anderer Form, daß die christlichen Gewerkschaften schlimmer seien, wie die sozialdemokratischen Organisationen und bedeutet insofern ein Ehrenzeugnis für unsere Bewegung, als damit ihre entschiedene Vertretung der Arbeiterinteressen festgestellt ist. Daß eine solche der Industrie nicht besonders angenehm ist, ist sicherlich verständlich. Herr Dr. Silberberg steht aber falsch, wenn er glaubt, daß sei nur Ausfluß unserer minderen Stärke, die uns lediglich zu Forderungen aus agitatorischen Erwägungen veranlasse. Gewiß werden in der Beurteilung der Berechtigung von Forderungen die Ansichten von Unternehmern und Arbeitern zumeist auseinandergelien. Dabei muß sich aber die Industrie hüten, ihre Ansicht stets als unbeeinträchtigt richtig anzusehen.

Jedenfalls steht eines fest, wenn es auch Dr. Silberberg nicht sehen will. Bei all ihren Entscheidungen hat die christliche Gewerkschaftsbewegung die Rücksichtnahme auf das Gesamtwohl nicht aus dem Auge verloren und mehr wie einmal haben unsere Freunde dieserhalb schwere Belastungsproben ihrer Reife aushalten müssen. Diese unsere Rücksichtnahme gibt uns andererseits aber auch das Recht zu gerechten und berechtigten Forderungen und zur entschiedenen Vertretung derselben, auch wenn solche der Industrie nicht immer angenehm sind. Gesamtwohl ist übrigens nicht identisch mit jenem Wohlergehen, das die Industrieführer egoistisch für sich selbst erstreben. Es ist und bleibt ein unhaltbarer Zustand, daß man wohl von der Arbeitererschaft Opfer fordert, selbst aber zu keinem Opfer bereit ist. Das muß auch in den Kreisen der Industrie dämmern. Jedenfalls werden die christlichen Gewerkschaften ihren vernunftgemäßen Weg weitergehen, und wir wissen, daß unsere Freunde uns darin durch ihre Werbearbeit unterstützen werden.

Werber heraus!

Wie im ersten wärmenden Sonnenstrahl die schlummernden Lebenskräfte der Natur wieder erwachen und allen Bedrohungen zum Trotz sich entfalten, so ist es auch in der Gewerkschaftsbewegung. Lange, lange Monate hindurch hat die un-durchdringliche Winternacht einer gewaltigen Krise auf unserem deutschen Wirtschaftsleben gelegen, einer Krise, die sich auch auswirkte in einem unerhört starken Druck antisozialer Mächte auf die Arbeitererschaft. Zwei Millionen arbeitsloser Menschen und fast ebenso viele Kurzarbeiter säumten den bitteren Weg dieser Entwicklung, einen Weg nicht nur des Druckes, sondern auch der Not. Gewiß: Gerade in Notzeiten sollte die Arbeitererschaft um so fester zusammenhalten, denn geschlossene Kraft überwindet leichter und erfolgreicher alle Hindernisse und Beschwerden. Aber der Mensch ist unzulänglich. Die Wahrheit von der Kraft der Geschlossenheit wurde nicht erkannt. Tausende und aber Tausende von Arbeitern verzagten, verzagten an dieser Kraft und an sich selbst. Wie ein erlösender Eiseshauch ging die Wirtschaftskrise auch über die deutsche Gewerkschaftsbewegung und riß viele, viele welche Wälder mit sich fort. Ja, es schien zeitweilig so, als ob sie überhaupt den Werbergeist der Bewegung erstickt hätte. Nun aber beginnt es sich allermwärts wieder zu regen. Der Mut erwacht wieder in größerem Maße und mit ihm auch der lebendige Geist jener Getreuen, die in der Bewegung auch wirkliche Bewegung sehen, die das Erstarrende und Erstarrte nicht wollen und nun wieder mit gesammelter Kraft an die belebende Werbearbeit gehen. Es ist sicher noch nicht so, daß wir die Wirtschaftskrise überwunden hätten, aber es zeigen sich doch Anzeichen der beginnenden Besserung, erste, schwache Lichtpunkte in dunkler Nacht. Gewiß hat auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, dessen Vorsitzender, Geheimrat Duisberg, ein dunkles Bild der augenblicklichen Wirtschaftslage gezeichnet, aber selbst die „Deutsche Bergwerkszeitung“, Nr. 212, nimmt Veranlassung, dazu folgendes zu sagen:

„Wenn Geheimrat Duisberg die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands in sehr düsteren Farben malte, so mag das, nachdem er 6 Monate lang von Deutschland abwesend gewesen ist und die blühenden Wirtschaften mancher anderen Lant so insbesondere Nordamerikas gesehen hat, verständlich erscheinen. Es mag auch recht haben, wenn er eine entschließende Wendung zum Besseren in Deutschland noch nicht erkennen will. Immerhin sollte man sich hüten, aus diesem Ausdruck eines führenden Großindustriellen heraus erneut in unheilvollen Pessimismus zu verfallen. Eine derartige Wirkung hat Geheimrat Duisberg mit seinen Darlegungen keineswegs auch nicht beabsichtigt. Wer seinen Ausführungen aufmerksam gefolgt ist, wird herausgehört haben, daß er selbst nicht zu den Pessimisten gehört, es aber für ratsam hält, die der deutschen Wirtschaft nach wie vor anhaftenden Krankheiten aufzuzeigen. Erst wenn man eine Krankheit richtig erkannt hat, kann man mit Erfolg an die Heilung gehen. Ueberhaupt, man sich, daß seit Beendigung des großen Krieges erst 8 Jahre verstrichen sind, daß Revolution und Kubereibbruch in dieser Zeit überwunden werden mußten, daß die Industrie mehrfach sich unzustellen gezwungen war, so wüßte man nicht abstreiten können, daß wir einen erheblichen Schritt weiter gekommen sind und mit einigen Werteaun in die Zukunft schauen dürfen.“

Es ist jedenfalls die erfreulichste Wirkung dieser beginnenden Besserung, daß die Gewerkschaftler den Mut und die Lust zur Werbearbeit wiedergewonnen haben. Da, wo angepackt wurde, konnten recht schöne Resultate erzielt werden.

Nun darf aber dieser Geist nicht vereinzelt bleiben. Er muß überall, auf der ganzen Linie, in Süd und Nord, in Ost und West, im ganzen deutschen Vaterlande, lebendig werden.

Werber heraus!

Das ist die Parole der Stunde. Sie verlangt Beweglichkeit und Eifer, zunächst von den Führern des Verbandes. Unsere Beamten, unsere Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute, Betriebsräte und alle jene, die durch das Vertrauen der Kollegen mit in die Front gestellt wurden, sie alle müssen und werden in gemeinsamer Eintracht nicht nur die Werbearbeit einleiten, sondern auch praktisch das mitreißende Beispiel des Mittums geben. Sie allein aber können es nicht schaffen. Die Parole: Werber heraus! gilt nicht nur ihnen, sondern allen, allen Mitgliedern, die sich zum Verbands bekennen, den bedächtigen Alten, der stürmenden Jugend. Es ist die Stunde gekommen, wo wir den Beweis unserer Liebe zum Verbands und damit aber auch zu unserem so schwer ringenden Stande erbringen müssen.

Die Gelegenheiten zur Werbearbeit

sind schier unerhöplich. Jedes Zusammensein mit Arbeitskollegen, an welchem Ort es auch immer sei, bietet Gelegenheit zur Einwirkung auf sie. „Aber man kann doch“, so höre ich manche sagen, „nicht den lieben, langen Tag, und Tag für Tag vom Verbands reden.“ Das brauchst du auch nicht, lieber Freund, aber etwas Raum darfst du auch deinem Verbands im Gesprächsstoff gönnen. Und auch ein kurzes Wort geht nicht verloren. So wollen wir fest mit unseren nicht organisierten Kollegen einmal reden, wo uns als Arbeiter der Schutz brückt, wollen sprechen vom Wert der Einigkeit im Verbands und von unserer Pflicht, unseren Stand hochzubringen.

Besonders an der Werbearbeit in den Familien der Unorganisierten beteilige dich. Hier kannst du auch die Frauen überzeugen vom Wert der gewerkschaftlichen Arbeit für die Familie. Darum auf nun ans Werk. In allen Gruppen und Ortsverwaltungen heraus zu edlem Wettstreit.

Werber heraus!

Was uns nottut!

Von einem alten Vertrauensmann aus Venray.

Die betrübende Tatsache, daß ein großer Teil der Metallarbeiter gleichgültig gegenüber ihrer Ständeververtretung in den Tag hinein lebt, des weiteren die verkehrte Einstellung der Arbeitgeber, als ob die Wirtschaft nur durch lange Arbeitszeit und Lohnabbau wieder hochgebracht werden könne, und drittens, daß wir in der Nordwestgruppe in einer Lohnbewegung stehen, gibt Veranlassung, einige Gedanken herauszustellen.

Wir haben als Arbeiter den schwersten Beruf, weniger Einfluß und im Verhältnis die schwächste Organisation, wenn wir uns die Organisationen der anderen Stände vor Augen führen.

Alles schimpft und ruft nach Staatshilfe. Alle Sozialgesetze helfen uns nicht, wenn nicht die Macht der Organisation dahinter steht. Daher Zusammenschluß, Organisation, christliche Organisation. Die Zeiten, wo man uns nachsagte, daß die christlichen Gewerkschaften auf den letzten verfaulten Kricken einherhumpelten, sind endgültig vorüber.

Die treibende Kraft in der Metallindustrie des Ruhrgebietes ist, das dürfen wir mit Stolz sagen, unser Christlicher Metallarbeiterverband. Er hat durch seine Arbeit dem ganzen Volk genützt, selbst die Unorganisierten haben ihren verdienten Teil mit abbekommen. Als Hinderungsgrund wird von den Unorganisierten die Beitragsfrage in 99 von 100 Fällen angeführt.

Und trotzdem ist der Beitrag das allerwichtigste; denn auf ihm baut sich das ganze Leben, die ganze Arbeit und der ganze Erfolg der Organisation auf. Weiter kommt noch immer eine gewisse Verärgerung aus der Arbeitszeitfrage zum Ausdruck. Es muß aber hier deutlich betont werden, daß nicht die Führer, sondern sehr viele Arbeiter versagt haben.

Wahr ist und bleibt: Kein Mensch hilft der Arbeiterschaft, wenn sie sich nicht selbst hilft.

Wie notwendig die Organisation ist, soll nur ein Beispiel der Arbeitgeber zeigen:

„Niemals ist es notwendiger gewesen als jetzt, sowohl aus Hemmungen der Weltwirtschaft als auch der verfehlten inneren Wirtschaftspolitik gegenüber, daß sich das deutsche Unternehmertum von Gewerbe, Handel und Industrie einheitlich zusammenschließt.“ (Wirtschaftspolitische Rundgebung, Tonhalle Düsseldorf, 1. 11. 25.)

Daher muß allüberall mit mehr Nachdruck, Ausdauer und Geschick die Agitation betrieben werden. Der Monat September muß als Generalangriff benutzt und ausgewertet werden.

Zum Stand zählen letzten Endes nur die aktiven Mitglieder, die nicht nur Rechte wollen, sondern auch Pflichten anerkennen.

Neben der Agitation ist, wie schon gesagt, die Finanzfrage das wichtigste. Die Frage „Wasse oder Kasse“ ist falsch. Es laun nur heißen: „Masse und Kasse“.

Dann noch ein vielerörterter Punkt. Durch die Krise haben wir bei der großen Arbeitslosigkeit hohe Ausgaben zu leisten, so daß für Arbeitskämpfe und Bildungszwecke nicht in genügendem Maße viel übrig bleibt. Das Bestreben der Mitglieder, auch in diesen Tagen etwas zu haben und das Leben fristen zu können, wird, weil berechtigt, größer (Altersunterstützung). Unsere 11. Generalversammlung hat ja dazu auch Stellung genommen. Dadurch würde auch aus agitatorischen Gründen manches zu erreichen sein. Vielleicht regt dieses den Zentralvorstand und gleichzeitig die Mitglieder an, dazu Stellung zu nehmen.

Kollegen! Trotz der kurzfristigen, unsozialen Einstellung der Unternehmerschaft bekennen wir uns mit doppelter Kraft zum christlichen Gewerkschaftsgebunden. Mit frischem Mut geloben wir, an der Ausbreitung und Finanzierung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten. A. Z.

Feststellung des Sachverhalts und des Tatbestands

Überall im menschlichen Leben, wo nach Recht oder Gerechtigkeit oder nach klugem Ermessen über Klagen, Beschwerden und Streitigkeiten geurteilt oder geschlichtet werden soll, wo ferner Wünsche oder Forderungen erfolgreich durchgesetzt werden sollen, ist die Feststellung des Sachverhalts oder des Tatbestands, eine unbedingt wichtige aber auch schwierige Voraussetzung. Erst die Klärung der Sachlage, dann ist es leichter, das Für und Wider, Schuld oder Unschuld, Recht und Unrecht mit diesen Ergebnissen in Einklang zu bringen oder den Willen damit zu begründen und durchzusetzen. So muß und wird verfahren an den Gerichten, in der Gesetzgebung, bei Behörden, bei Tarif-, Betriebsratversammlungen usw.

Wohle Behauptungen

Werden schon lange von denkenden und erfahrenen Menschen nicht mehr ernst genommen. Es muß daher „Unter bei die Fische“, sonst liefert man sich Gejahren der Lächerlichkeit, der Unwahrscheinlichkeit oder der Unberechenbarkeit aus und richtet sich damit selbst. Ganz besonders müssen Behauptungen zur Verwertung der Arbeiterinteressen getragen sein von Sachverhalt oder Tatsachenspiegeln. Die wirkliche Lage der Arbeiter ist weitestens Vollstreifen und in der Deutlichkeit gar nicht oder ungenügend bekannt. Starke Arbeitgeberverlogenheit mit allen möglichen unkontrollierbaren Zahlenstücken, mit Verallgemeinerung und Übertreibung von einzelnen Arbeiterfehlern, ferner soziale Unfähigkeit, Bewusstlosigkeit oder Verschweigen des Arbeiterlebens, haben mit beigetragen. Sie tragen weiter, neben erzieltem Erfolg der Arbeiterbewegung mit dazu bei, daß heute starke sonstige Vollstreifen, wenn nicht alle, beide weite Kreise der Wissenschaft und Öffentlichkeit, gegen die Arbeiter wie sie vorgetragen sind. Manche Behauptungen der Arbeiter werden auch deshalb als übertrieben hingestellt oder nicht mehr geglaubt, weil durch den Nationalismus von unten, durch absichtliche Verhetzung und maßlose Übertreibungen, ebenfalls stark gefärbt werden ist. Wollen wir daher mit anderen Behauptungen durchkommen, so müssen die Argumente, die wir dafür vorbringen, nicht nur durch einen Fall, sondern durch die Fälle hindurch und sich fest begründet sein. Wir müssen dazu den Nachweis des Sachverhalts oder des Tatbestands bringen.

Jede Sache oder jedes Geschehen hat aber auch mindestens zwei Seiten und es sind immer mehr Seiten abzugewinnen. Letzteres versteht und behält die Arbeiterbewegung am besten, wenn sie die Arbeiterfrage aus dem Blick heraus. Stellen wir uns nicht die andere Seite her, die wirkliche Seite heraus, so müssen wir bei Behauptungen natürlich zurückbleiben. Gegenwärtig fehlt es an einer sachlichen

Feststellung wichtiger Arbeitsverhältnisse

Insbesondere darüber, wie viele Betriebe wir heute genau früher haben, wie viele Arbeiter jetzt gegen früher darin beschäftigt sind, welche Betriebe voll oder mit Leerstand beschäftigt sind und welche völlig stillliegen. Ferner ist die Feststellung von großen Interessen, wie es mit der Arbeiterfrage, mit Nationalismus, mit Verlogenheit, mit Übertreibung usw. zusammenhängt. In welchem Zusammenhang und in welcher Art sind Betriebsverhältnisse, Arbeit oder nicht arbeitsfähige Arbeiter, die „Krankheiten der Betriebe“ oder die „Verwundung der Betriebe“ entstanden sind. Über die Wichtigkeit dieses Materials braucht

kein Wort verloren zu werden. Manche berechnete Beschwerden liegen diesbezüglich vor. Sie müssen aber, wenn erfolgreiche Arbeit dazu geklärt werden soll, im einzelnen und allgemein geklärt und festgestellt werden.

Sehr oft wird nun leider die Wahrnehmung gemacht, daß bei statistischen Erhebungen durch Fragebogen manche Vertrauensleute und Mitglieder deren Bedeutung nicht würdigen, oder sie sind zu gemüht, wenn nicht gar zu faul, um die paar Angaben zu sammeln und damit den Fragebogen auszufüllen. Von derselben Sorte sind auch jene, die diese Arbeit von einem Tag zum andern verschieben oder die nur durch Mahnen und Drängen dazu zu bringen sind. Erfahrungsgemäß gibt es auch Kollegen, die wohl Neben halten können und sonst ganz tüchtig sind, auch im Schreiben an sich, die aber das Gruseln bekommen, wenn sie einen Fragebogen ausfüllen oder sonstige schriftliche Arbeiten leisten sollen. Dabei ist dieses doch bedeutend leichter als Neben halten. Das Papier ist nämlich geduldig, es erfordert nicht die Geistesanstrengung des Augenblicks, wie das Nebenhalten. Nervosität und Lampenfieber erzeugt es ebenfalls nicht oder weniger. Andere gehen mit einer übertriebenen Genauigkeit an solche Arbeiten heran, die dann oft über unwesentliche Kleinigkeiten stolpern. Wenn J. B. bei einer Erhebung über die Zahl der Beschäftigten ein Betrieb circa 1000 und ein anderer circa 50 hat, dann ist es unwesentlich, ob im ersten Falle 10 bis 20 und im zweiten 1 bis 2 mehr oder weniger angegeben werden. Wieder andere gehen zu flüchtig aus Werk, sie legen die Feder schon an, ehe sie richtig gelesen haben oder wissen, was sie eigentlich schreiben sollen oder wollen. Das alles sind Halbheiten, die bei diesen wichtigen Arbeiten unterbleiben müssen und wer sich an diese schriftlichen Gebiete nicht heranwagt, nicht lernen und nicht üben will, wird immer nur ein halber Gewerkschaftler, Betriebsvertreter und Mensch bleiben. Auf Schönschrift und richtiges Deutsch kommt es dabei weniger oder gar nicht an. Solche Mängel sind überall zu entdecken, nicht aber die anderen.

Solche Feststellungen sind von größtem Wert, wenn sie reiflich und lückenlos erfolgen. Was alle übrigen dabei können, ist auch jedem einzelnen möglich. Darum

keine Drückeberger bei solchen Erhebungen!

Aber bei diesen gemeinnützigen bedeutsamen Bestrebungen denkt: Laß nur die anderen machen, du brauchst das nicht, oder wer nur durch Deklamationen und Reize dazu zu bringen ist, der stellt sich ein bedauerliches Zeugnis aus und erschädigt die Arbeitsinteressen. Sorgen wir allermächtig dafür, daß solche Uebel in unserem Verband nicht aufkommen und daß sie an wenigen Stellen, wo sie eingreifen drohen, durch Pflückerfüllung wieder ausgeremert werden!

Sozialpolitik

Unbillige Härte

Ein Arbeiter hatte auf dem Werk Pöhnitz in Dautsburg vom 22. 2. 1911 bis 26. 7. 1926 als Kolonnenführer in Arbeit gestanden. Am 12. 7. 26 war ihm das Arbeitsverhältnis mit Frist von 14 Tagen gekündigt worden. Wegen die Kündigung hatte er rechtzeitig beim Arbeiterrat Einspruch erhoben, da noch unverheiratete Leute im Betriebe weiter beschäftigt worden seien. Die Firma hatte Verhandlungen mit dem Betriebsrat abgelehnt und der Arbeiter beantragte deshalb beim Gewerbegericht, die Firma zu verurteilen, ihn weiter zu beschäftigen. Für den Fall, daß die Beklagte die Weiterbeschäftigung ablehnen sollte, beantragte er, sie zur Zahlung einer angemessenen Entschädigung zu verurteilen. Die Beklagte hatte Abweilung der Klage beantragt und eingewendet, daß sie bei der Entlassung des Klägers die sozialen Gesichtspunkte gewürdigt habe. Eine Härte sei jede Entlassung eines Arbeitnehmers, sie könne aber nicht zugeben, daß die Entlassung des Klägers eine unbillige Härte sei.

Das Gewerbegericht entschied wie folgt:

„Der Einspruch ist form- und fristgerecht eingelegt. Auch in sachlicher Beziehung war dem Einspruch der Erfolg nicht zu verlagern. Der Kläger stül seinen Anspruch auf den Par. 84 Z. 4, des ArbZ. Nach dieser Bestimmung ist der Einspruch gegen eine Kündigung gerechtfertigt, wenn diese sich als eine

Reformfragen in der Gewerbeaufsicht

Über die künftige weitere Förderung des Arbeiterschutzes hat der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Herr Dr. Syrup, auf der Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu Düsseldorf am 10. Juli einen Vortrag gehalten und darin das Wesentlichste über den nahe vor seiner Veröffentlichung stehenden Entwurf zu dem neuen Arbeiterschutzgesetz mitgeteilt. Es soll nach seinen Angaben die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf Angestellte bringen und auf solche Arbeiter, auf die er sich bisher noch nicht erstreckt hat. Weiter soll nach seinen Angaben das schon bestehende Recht der Gewerbeaufsichtsbeamten zum Erlasse polizeilicher Verfügungen darin nochmals ausdrücklich festgelegt werden. Was er weiter — nach den Zeitungs-meldungen — über diese Frage ausgeführt hat, bewegt sich ebenfalls in bereits bekannten Bahnen. Der Grundsatz, daß für den technischen Arbeiterschutz Rahmenvorschriften im Gesetz enthalten sind, die dann durch Einzelanordnungen ausgefüllt werden, wurde erneut betont, ebenso die Hinzuziehung der Betriebsräte und der Gewerkschaften zur Unfallverhütung und ähnliches.

Man kann Herrn Dr. Syrup nur dankbar sein, wenn er erneut an die sozialpolitischen Aufgaben der Gewerbeaufsicht erinnert, denn sie ist in letzter Zeit hinter den Fragen des Tarifwesens, der Erwerbslosenunterstützung, des Arbeitsgerichtsgesetzes und ähnlicher neuer und dringender Gegenstände in der Tat stark in den Hintergrund getreten. Indes, so dankenswert dies auch sein mag, so muß doch aus diesem Anlasse nachdrücklich betont werden, daß die Reichsregierung sich in der Frage der Reform der Gewerbeaufsicht mit einem so ausgefeilten mageren Programm nicht wird begnügen können, sondern daß sie auf diesem Gebiete doch wesentlich mehr leisten müssen, wenn sie Anspruch auf tatkräftige Förderung sozialpolitischer Ziele erheben will.

Um verständlich zu machen, worum es sich hierbei handelt, muß zunächst einmal daran erinnert werden, daß die Entstehung der Gewerbeaufsicht in eine Zeit fiel, in der man in den Regierungen allen sozialpolitischen Fragen mit größtem Mißtrauen gegenüberstand. Man stellte damals zwar, weil es nun durchaus sein mußte, Gewerbeaufsichtsbeamte ein, aber man betätigte seitens der Verwaltungsbeamten die ängstlichste Sorge, daß dies nur ja nicht eine zu große und einflußreiche Einrichtung werden sollte. Diese Vorsicht kam vor allem darin zum Ausdruck, daß man in den einzelnen Bundesstaaten nicht eine einheitliche, nach zentralen Gesichtspunkten geleitete Gewerbeaufsichtsverwaltung einrichtete, sondern man stellte eben nur eine Anzahl Gewerbeaufsichtsbeamten ein, die aber alle jeder für sich isoliert zu arbeiten hatten. Diese Einzelbeamten wurden, da sie doch irgend jemandem unterstellt sein mußten, den Behörden der allgemeinen Verwaltung unterstellt, die ja besonders vor dem Kriege nicht sehr sozial eingestellt waren, und unter diesen Vorgesetzten gelang es den Gewerbeaufsichtsbeamten leider nicht, allzu tatkräftig und nach einheitlichem Plane vorzugehen. Überall, wo diese Organisation herrschte, da hat die Gewerbeaufsicht, das muß immer erneut ausgesprochen werden, dahingekümmert und dahingefestigt. Sie hat nicht vermocht, in den wichtigen Fragen, die ihre Aufgaben bildeten, eine führende Stellung einzunehmen, sondern das haben andere getan. Um nur ein Beispiel zu nennen, so ist die ungemein wichtige Frage, daß Unfallverhütungsvorschriften schon beim Bau der Maschinen und nicht erst nachträglich von dem Käufer durchgeführt werden, nicht etwa von der Gewerbeaufsicht gelöst werden, sondern von einer besonderen, auf Anregung des „Vereins deutscher Maschinenbauanstalten“ gebildeten „Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung“, die sich aus Berufsvereinigungen, Gewerkschaften und verschiedenen Vereinen zusammensetzte. Und ähnlich ging es mit anderen Gewerbeaufsichtsfragen. Soweit ist es also gekommen, daß allzu dringende sozialpolitische Aufgaben, zu deren Lösung die Gewerbeaufsicht wegen ihrer unglücklichen Organisation unfähig ist, schließlich von den Vertretern der Arbeitgeber gelöst werden müssen!

In ihrer ganzen oben geschilderten Entstehungsweise unterschied sich die deutsche Gewerbeaufsicht auf das nachteiligste von der englischen. Dort begann man mit der Einsetzung bedeutender technischer Persönlichkeiten an zentraler Stelle und an diese Mittelpunkt gliederte sich dann der Ausbau im einzelnen weiter an. In Deutschland begann man mit den Einzelbeamten und auf diese hätte sich dann wenigstens später der zentrale Oberbau aufbauen sollen. Gerade dies ist aber in den einzelnen Ländern nur sehr zögernd geschehen. Voran ging allerdings schon vor Jahrzehnten Baden, später folgten auch Sachsen, Württemberg und zahlreiche kleinere Staaten nach, andeutungsweise durch Einsetzung eines Zentralgewerbeinspektors sogar Bayern, hingegen hat der fäh-

rende und größte Bundesstaat, Preußen, in dieser Beziehung bisher völlig versagt. Hier herrscht nach einem Worte von Dr. Gertrud Henseleit in ihrem vor kurzem erschienenen Buche: „Das weibliche Arbeitsinspektorat“ (Berlin 1926) noch immer der „primitive Urzustand“ der Gewerbeaufsicht. Wie schwer die Aufgabe des Arbeiterschutzes und der sozialpolitisch tätig sein wollen den Gewerbeaufsichtsbeamten hienunter liegen, das legt der Verfasser dieser Zeilen gleichzeitig in einer Abhandlung im Juliheft des Organs des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, der Zeitschrift: „Der Kaufmann in Wirtschaft und Recht“ ausführlich dar. An dieser Stelle möge nur soviel gesagt werden, daß z. B. das auch von Syrup so sehr hervorgehobene Recht der Gewerbeaufsichtsbeamten zum Erlasse polizeilicher Verfügungen wirklich gänzlich bedeutungslos ist, wenn solche Verfügungen im Bedarfsfälle von den vorgesetzten Verwaltungsbehörden nicht bekräftigt werden. Das wird wohl auch jeder außerhalb des Behördenbetriebes stehende leicht einsehen. Die lokalen Gewerbeaufsichtsbeamten dürfen eben, wenn sie sich richtig betätigen sollen können, nicht Verwaltungsbehörden als nächster Instanz unterstellt sein, sondern wiederum einer wirklichen Gewerbeaufsichtsbehörde zweiter Instanz und darüber muß als letzte Instanz auch wieder eine gleichartige Fachbehörde dritter Instanz kommen.

Alle diese Stellen müssen es wirklich als ihre Hauptaufgabe betrachten, Sozialpolitik und Arbeiterschutz zu betreiben. Verwaltungsbehörden hingegen haben ganz andere Aufgaben und andere Gesichtspunkte und werden als Vorgesetzte der Gewerbeaufsichtslokalstellen diese niemals fördern, ja auch kaum jemals recht verstehen. Der Kern dessen also was wir fordern ist, daß wir nicht „Gewerbeaufsichtsbeamte“ wollen, sondern eine große einheitliche zusammenhängende Verwaltung, die ihre Erfahrungen im ganzen Lande sammelt, austauscht und verwertet, die eine gewisse Macht darstellt, die infolge ihrer Einheitlichkeit und Größe Autorität genießt und dadurch ihre Ziele gegenüber Industrie, Handel, Ministerien und Parlamenten auch mit einem gewissen Nachdruck vertreten kann.

Gerade dem Gewerkschaftler wird diese Forderung verständlich sein. Was wäre die gewerkschaftliche Bewegung, wenn jede kleine örtliche Gruppe gesondert für sich arbeiten müßte? Nur die Zugehörigkeit zu einem großen Verbände gibt ihr Kraft und Macht. Diese Zusammenfassung fordern wir jetzt auch nachdrücklich für die Gewerbeaufsicht in den einzelnen Ländern, besonders in Preußen, und besser als bisher auch in Bayern.

Es ist die dringendste Forderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, wie der Verfasser bereits in der Zeitschrift „Soziale Praxis“, Heft 11 und 12, Jahrgang 1926, dargelegt hat. Es ist daher bedauerlich, daß Dr. Syrup noch nicht in der Lage war, die Erfüllung dieser Forderung anzukündigen. Auch er hat immer noch nur von „Gewerbeaufsichtsbeamten“ gesprochen, nicht von einer einheitlichen „Gewerbeaufsicht“. Offenbar hat sich die Reichsregierung noch nicht zur Erfüllung dieses Verlangens entschlossen. Allerdings müßte sie, wenn sie dies tun wollte, dann gerade auf das größte Land, nämlich auf Preußen, einen Zwang ausüben. Das ist für das Reich immer möglich. Aber Preußen wird doch gerade von den Parteien regiert, die die Träger des sozialpolitischen Fortschrittes sein wollen. Man versteht, daß es für die aus diesen Parteien hervorgegangenen Minister schwer ist, sich gegenüber den alten preussischen Traditionen durchzusetzen. Aber diese Hindernisse müssen früher oder später doch einmal überwunden werden, und dazu mitzuhelfen, ist Pflicht aller sozialpolitisch Interessierten, vor allem also der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Gewerkschaften und ihrer Presse. Wozu haben wir sogenannten Parlamentarismus und Demokratie, wenn gerade in einer so wichtigen Frage alles beim alten bleiben soll? Ist die Organisationsfrage so schwierig? Fehlt es an geeigneten Kräften? Nun dann müssen sie eben aus dem Auslande genommen werden! Man sehe sich in dieser Beziehung nur einmal den neuesten Jahresbericht der österreichischen Gewerbeinspektion an, die seit einer Reihe von Jahren bereits so organisiert ist, wie hier für Preußen und Bayern gefordert wird. Oesterreich ist ein wirtschaftlich noch viel schwerer als wir leidendes Land, und doch leistet es auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wirklich Neues, Schöpferisches, technisches und sozialpolitisch Wertvolles. Das gleiche auch in Deutschland, vor allem in Preußen geschehe, das ist die nächste sozialpolitische Forderung, und es ist tief bedauerlich, daß der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung ihre Erfüllung in Düsseldorf noch nicht hat in Aussicht stellen können.

Gewerbeamt H. a. r. i. g. B. r. i. e. g.

unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt.

Bei der Beurteilung der Frage, ob eine Entlassung eine unbillige Härte im Sinne des Par. 84 Z. 4 B.G.B. darstellt, ist abzuwägen, welche Wirkung einerseits die Kündigung für den Bekündigten hat, andererseits welche Umstände vom Standpunkt des Betriebes aus die Kündigung verlangen.

Mit dem Kläger sind zusammen 17 Arbeiter entlassen worden. Gegen die Persönlichkeit des Klägers sowie gegen seine Arbeitsleistungen sind Einwendungen von Seiten der Beklagten nicht erhoben worden.

Der Kläger stand seit dem 22. 2. 1912, also mehr als 14 Jahre, bei der Beklagten ununterbrochen in Arbeit. Der Kläger ist verheiratet und hat drei Kinder. Es mußte daher bei der Entlassung auf ihn in besonderer Weise Rücksicht genommen werden.

Unstreitig sind verschiedene ledige Arbeiter, die erheblich kürzere Zeit den Betrieben der Beklagten angehören, nicht entlassen bzw. anderen Betriebsabteilungen überwiesen worden. Für den Kläger bedeutet daher seine Entlassung im Verhältnis zu diesen ledigen weiterbeschäftigten Berufskollegen eine unbillige Härte im Sinne des Par. 84 Z. 4.

Dem Einspruch war daher stattzugeben. Die Höhe der festgesetzten Entschädigung rechtfertigt sich aus dem Par. 87 B.G.B.

Äktien auf Raten

Zum Problem der Beteiligung der Angestellten am Unternehmensgewinn. Wie nach der J. u. H. aus Amerika berichtet wird, hat das Kartellgeschäft in der letzten Zeit eine neuerliche Erweiterung erfahren. Zu den Automobilen, Möbeln, Büchern und Musikinstrumenten auf Raten sind nunmehr auch Aktien auf Raten hinzugekommen, insbesondere die Aktien von Unternehmungen, die wie Telefon- und Elektrizitätsgesellschaft, einem öffentlichen Interesse des Publikums dienen.

Die Möglichkeit der Erwerbung von Aktien eines Unternehmens auf dem Wege der Ratenzahlung hat eine große Anzahl Angestellter und Kunden solcher Unternehmungen in Anspruch genommen. Die drei größten Industrie-Unternehmungen der Vereinigten Staaten, die United States Steel Corporation, die American Telephone and Telegraph Company und die Standard Oil, haben zusammen nicht weniger als 123 670 Angestellte, die zugleich Aktionäre sind und die ihre Aktien zum großen Teil auf Raten erworben haben. Die Pennsylvania-Eisenbahn, die bereits einen großen Teil ihrer Angestellten zu ihren Aktionären zählte, hat es in letzter Zeit durch Schaffung einer Kredit-Organisation weiteren 19 000 Angestellten ermöglicht, Aktien auf Raten zu erwerben. Die Maple Transit Company in Philadelphia hat im Jahre 1925 unter 11 000 ihrer Angestellten Aktien auf Ratenzahlung platziert. Die National Electric Light Association, ein Verband von 226 Elektrizitätsgesellschaften, die in ganz Amerika Elektrizitätswerke betreiben und Strom liefern, hat seit dem Jahre 1914 die neue Politik, die Kunden und Stromabnehmer zu Mitbesitzern zu machen, inangewandt und seit dieser Zeit 10,5 Millionen Aktien unter ihre Kunden platziert, von denen ein Fünftel in Raten bezahlt wurde, die zugleich mit den monatlichen Stromrechnungen abgestattet und einfließen werden.

Tarifverträge machen faul!

Mögl. unter dem Existenzminimum.

Gewerkschaften und Tarifverträge werden dem deutschen Arbeitgebertum immer unangenehm sein, solange die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines gleichberechtigten Arbeitnehmerstandes nicht aus Allgemeininteresse dieser Kreise geworden ist. Man spricht, wohl, so sagt „Der Deutsche“ (Nr. 197) mit Recht, in solchen Worten dann und wann einmal von der notwendigen Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer - von ihrer Verwirklichung in Betrieb und Wirtschaft ist man aber praktisch und geistig leider noch weit entfernt. Die immer wieder, besonders in letzter Zeit, sich häufenden unsozialen und schmerzhaften Arbeitsgebermaßnahmen beweisen das. In ihrem Ursprung sind sie letzten Endes auf die mangelnde Erkenntnis und fehlende innere Bereitschaft zur wirklichen Arbeitsgemeinschaft zurückzuführen. Mit schönen Reden und dem Anpreisen minderwertiger Eurogate (Betriebs- und Werksvereine) versucht man geschickt, diesen mangelnden Willen zu verbeden, und der Arbeitnehmer, die diese gefährlichen Halbmahnen notwendigerweise ablehnen muß, kann die Schuld dafür zu geben, daß sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmer in Deutschland noch immer nicht zur wirklichen, praktischen Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben.

Sehr besonders bedauerlich ist diese Tatsache in Anbetracht der notwendigen wissenschaftlichen und organisatorischen Umstellung unserer Industrie. Die Notwendigkeit einer aus eigenem Willen und freudig mitwirkenden Arbeitnehmerschaft gerade auch in der praktischen wie wissenschaftlichen Erforschung der Produktionssteigerung- und Rationalisierungsmöglichkeiten zu erkennen und zu betonen, wird meist völlig außer acht gelassen. Immer wieder versucht man in kurzschäftiger Weise von vornherein die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und die Tätigkeit als produktionsfeindlich hinzustellen. Was den Arbeitgebern in der Praxis durch rückfällige Beschränkung der Gewerkschaften nicht gelingt, soll die theoretische, sogenannte „wissenschaftliche“ Beweisführung williger Selbsthüter erreichen. Sie haben oft auftragsgemäß den Nachweis zu erbringen, wie volkswirtschaftlich gefährlich und schädlich die Tätigkeit der verhassten Arbeitnehmerschaften ist.

In dem vom Industrie-Verlag Berlin herausgegebenen „Ergebnissen betrieblicher und finanzwirtschaftlicher Forschungen“ ist unlängst eine „nette“ Broschüre „Die Arbeitsintensivierung im industriellen Großbetriebe“ von Dipl.-Kaufmann Nimbach-Berlin aufgenommen worden. Die Theorien, die der Verfasser zum Besten gibt, sind bezeichnend für die Gründe der fehlenden Arbeitsgemeinschaft der gesamten Arbeiterklasse und so interessant, daß die Arbeiterbewegung sie nicht unbeachtet lassen kann. Nicht als ob Herr Nimbach sich in seiner Arbeit in unsozialen Scherzschmähereien erginge. Das zu tun, hätte er sich wohlweislich. Dann würde seiner Broschüre ja die notwendige, unbedingte wissenschaftliche Objektivität abgehen! Im Gegenteil, in schönen Worten spricht Herr Nimbach von der für die Arbeitsintensivierung notwendigen Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dem erforderlichen sozialen Geiste und anderen schönen Dingen mehr. Freilich ist diese Arbeitsgemeinschaft nicht zu verstehen als Arbeitsgemeinschaft mit einer selbständigen Arbeitnehmerschaft - oder etwa gar mit den Gewerkschaften.

Gewerkschaften und deren Tätigkeit sind selbstverständlich für eine „zweckmäßige“ Arbeitsgemeinschaft nur Hindernisse, denn „die Verbandspolitik der Nachkriegszeit nimmt der einzelnen Unternehmung in mehrfacher Hinsicht die Möglichkeit, eine den Erfordernissen des Betriebes entsprechende Lohnpolitik zu treffen.“ Warum? Lassen wir untern „objektiven“ Forscher selbst die Antwort geben. Er schreibt: „Einen die Arbeitsintensivierung fördernden Einfluß haben Tarifverträge nicht, können sie nicht haben, da sie die Art der Arbeit klassifizieren und nicht die Arbeitsleistung, also dem Fahren, Fleißigen keinen besonderen Reiz bieten, im Gegenteil: es wirkt das Beispiel des unfähigeren, trägeren Arbeitkollegen, der den gleichen Lohn erhält, arbeitshemmend auf ihn ein.“ - Tarifverträge sind Minimallohn-Verträge, der Arbeitgeber könne freiwillig mehr zahlen, so sagen wir. Herr Nimbach belehrt uns eines Besseren, nämlich: daß dies der Idee des Tarifvertrages widerspricht, dann bedürfte es seiner Klassifizierung, und es würde die Festlegung eines Mindestlohnes genügen.“ - Da haben wirs also! Die falsche Lohnpolitik der Gewerkschaften ist schuld!

Man muß weiß Gott den Mut und die Nüchternheit des Verfassers dieser Problem-Betrachtungen bewundern, mit denen derselbe seine „nette“ Wissenschaft über das Wesen und die Idee des Tarifvertrages zum Besten gibt. Nur eines noch: den guten Rat, den Herr Nimbach für eine zweckmäßige Arbeitsgemeinschafts- und Lohnpolitik gibt: „Zu begreifen ist also lediglich ein Arbeitsvertrag, der im Sinne der Arbeitsgemeinschaft allgemeine Arbeitsbedingungen regelt und sich im übrigen darauf beschränkt, einen Minimallohn festzusetzen, der identisch mit dem sogenannten Existenzminimum sein kann - nach meiner Meinung jedoch aus erzieherischen Gründen etwas unter dem Existenzminimum liegen sollte.“

Tarifverträge machen faul - arbeitsfeindlich! Hunger ist der beste Arbeitsreiz - die beste Grundlage der Anwesenheit der Arbeiterkraft! Das also ist mit diesen Worten das „Ergebnis der betriebswirtschaftlichen Forschungen“ des Herrn Nimbach. - Wir können den Scherzschmähern im Arbeitgeberlager zu ihrem neuen „wissenschaftlichen“ Kampfschrei nur gratulieren; er macht kein und keinen sozialen Empfindungen alle Ehre!

Verbandsgebiet

Jechenheim a. Main. Am 3. September fand nach einer kurzen Unterbrechung, wieder unsere regelmäßige Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege E. Amberg, gab zunächst verschiedene Druckschriften der Verwaltungsstelle bekannt. Hierauf hielt Kollege Z a n g, Offenbach, einen kurzen Vortrag über Sozialversicherung, besonders behandelte er die Fragen der Invalidenversicherung, streifte die Verpflichtungen bei der Erwerbslosigkeit. Zum Schluß kam er auf die Urlaubsabfindung des Arbeitgeberverbandes zum 31. Oktober zu sprechen, wo man den Metallarbeitern im Frankfurter Wirtschaftsgebiete jedenfalls keinen Urlaub mehr geben will. Die beiden Metallarbeiterverbände haben hierauf die Mehrarbeit über 48 Stunden gekündigt, da es ein Unbiling ist, in den Betrieben 54 Stunden und mehr zu arbeiten, während Tausende von Arbeitern noch auf der Straße liegen. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen sein, deshalb müssen die Unorganisierten in den Betrieben aufgeklärt, und für unseren Christlichen Metallarbeiterverband gewonnen werden. Je mehr Kämpfer, desto gewisser der Sieg. Nach Erledigung einiger dringlichen Fragen hat der Vorsitzende die so schön verlaufene Versammlung geschlossen.

Mülheim (Ruhr). Unsere Versammlung, die am 6. September im großen Saale des Bürgergartens stattfand, zeitigte eine lebhatte Aussprache über die für die Arbeiter unbilligsten Verhältnisse in der Großindustrie. In der Stelle des erkrankten Referenten Gröne war Generalkassier Paderberg, Essen, erschienen. In längeren Ausführungen schilderte derselbe die heutige Lage der Arbeiter in der Großindustrie. Seitdem der Stahlsektor gebildet sei, verhalte die Industrie auf der ganzen Linie die sogenannte Nationalisierung durchzuführen. Das Unternehmertum verstände darunter in erster Linie gesteigerte Arbeitsleistungen bei langer Arbeitszeit und möglichst niedrig gehaltenen Löhnen. In manchen Betrieben hätten sich die Verhältnisse fast ins Unentgeltliche zugespitzt. Trotzdem Tausende von Metallarbeitern erwerbslos sind, werden in sehr großem Umfang Ueberstunden und Sonntagsarbeit gefordert. Leider leistet ein großer Teil der Arbeiter diesen Bestrebungen der Unternehmer keinen Widerstand. Die christliche Arbeiterchaft habe sich im Winter 1923 einer längeren Arbeitszeit gefügt, um die Industrie ankurbeln zu helfen. Jetzt sei aber der Zeitpunkt gekommen, wo die Dinge wieder korrigiert werden müßten. Es könne nicht bestritten werden, daß die Industrie im allgemeinen wieder gewinnbringend produziert und der Beschäftigungszugrad hätte sich in den letzten Wochen ganz bedeutend gebessert. Wir ständen ohne Zweifel am Anfang einer neuen besseren Konjunktur. Die bisher bereits vielfach durchgeführte Arbeitsweise und die noch zu erwartenden Leistungssteigerungen führen zu der Unmöglichkeit, die heutige Dauer der Ar-

Kartelle und Konzerne

Ist die fortschreitende Kartellierung die eine Richtung, in der die Tendenz der Wirtschaftsentwicklung der Gegenwart zum Ausdruck kommt, so ist die zunehmende Konzernierung der zweite Weg, in Verfolgung dessen die Wirtschaft sich umzuorientieren im Begriffe steht.

In der Entwicklung dieser an sich grundverschiedenen Richtungen beobachten wir, unter dem Einfluß der durch die Nachkriegszeit veränderten Zusammenhänge und Voraussetzungen, eine gewisse Parallelität in Zustandekommen und Zielsetzung. Trotzdem diese Gemeinsamkeiten nur ganz allgemeinen Charakters und oberflächlich sind, haben sie doch Anlaß dazu gegeben, beide Entwicklungsrichtungen als miteinander verwandt oder sogar zusammenhängend zu betrachten, zumal ja die Kombination Konzern und Kartell eine häufig anzutreffende Erscheinungsform darstellt. Gewiß, es sind Gemeinsame auch bei den Kartellen und Konzernen vorhanden. Beide Formen sind der Ausdruck der Zusammenfassung, sind Anpassungsformen an die Schäden, die der Ausgang des Krieges gezeitigt hat, sind das Resultat des Strebens nach Zusammenfassung der isolierten Kräfte zur gemeinsamen Schaffung einer Aufbaubasis, zur Vereinheitlichung und zur Erzielung eines gemeinsamen Nuzeffektes, sind Abwehrmaßnahmen im

Kampf gegen die ausländische Konkurrenz und die Ueberfremdung.

All das sind aber Gemeinsame, die mehr den äußeren Rahmen eines Gesamtprogrammes ausmachen, als sie spezifisch sind, der Individualität der einzelnen Industriewirtschaft Rechnung tragen.

Kartelle schaffen Allgemeingrundsätze, Richtlinien, wirken ausgleichend, universell zusammenfassend, monopolisierend, aber belassen in ihrer Normalform der kartellierten Einzelunternehmung einen individuellen Spielraum, berühren nur eine spezielle Sache und nehmen so auf die Gesamtwirtschaft einer Unternehmung einen auch nur begrenzten Einfluß. Das gilt besonders für die großen gemischten Werke. Selbstständig bleibt die Unternehmung, unter eigenem organisatorischen Willen, frei in ihren Entschlüssen bis auf den Kartellvertrag, ohne organisatorische Anlehnung an die Kartellmitglieder, mit eigenem Gewinn- und Verlustrisiko, nach wie vor als Ganzes isoliert.

Anders im Konzern.

Der Konzern ist ein Organisationsprodukt, in dem die konzernierte Einzelunternehmung restlos aufgeht. Konzernierung ist Anlehnung, organische Vereinigung, Preisgabe der organisatorischen Selbstständigkeit der Einzelunternehmung zugunsten des geschlossenen Produktionskreislaufes - des Konzernes. Wenn Konzernierung vertikale Gliederung ist, also Zusammenfassung der Glieder verschiedener Produktionsstufen zur Herstellung einer aufsteigenden Produktionskala - dann wird das Prinzip des entwickelten Konzernes darin bestehen, vom Rohstoff bis zum Fertigerzeugnis den Produktionsaufstieg in eigene Organisationen zu konzentrieren. Dann wird die Weiterentwicklung dahin zielen, vom Besitz der Rohstoffe aufwärts über den ganzen Produktionsprozeß, die Nebenfabrikationen, die letztmögliche Weiterverarbeitung, den Transport, Handel und Absatz bis zum letzten Käufer in die eigene Regie einer geschlossenen Vertikalorganisation zu entwickeln. Diese Entwicklungsauffassung gestattet, wie wir weiter unten sehen werden, eine scharfe Trennung innerhalb der gegenwärtigen Konzernbewegung, wo der gleiche Begriff durchaus verschiedene Kategorien deckt. Zum Unterschied mit der Kartellwirtschaft, die doch immerhin nur eine variierte Form von Nebenunternehmungen innerhalb eines fortgezogenen Rahmens darstellt, ist Konzernierung ein Spezialfall von Gemeinwirtschaft, eine gemeinsame Bewirtschaftung sich aufeinander bauenden Industriefaktoren mit zentralisierten Organisationen. Konzernwirtschaft ist Aufbaumwirtschaft, ist der Ausdruck dessen, die Organisation der einzelnen Stufenindustrien der Produktionskala auf die Stala selbst zu übertragen, und das zielbewußte Handeln, das ausfallkurierte Programm der isolierten Wirtschaften, die im Zusammenhang jedoch planlos wirtschaften, auf den zusammenhängenden Wirtschaftskreislauf auszuwerten. So daß sowohl die horizontale Stufe, wie der vertikale Aufbau der Produktion nun nicht mehr willkürlich in Spekulation auf die Marktlage produzieren, sondern unter Ausschaltung des Charakters der Einzelwirtschaft mit Risiko und Selbsterhaltungszwang, nach einem ausgeglicheneren Programm ohne gegenseitige Verteuerung und ungezählten Zwischenstufen aus Isolierung bewirtschaftet werden. Konzernwirtschaft ist also rationelle Wirtschaft - Planwirtschaft.

Nun können wir aber in der Wirtschaft vielfach die Erfahrung machen, daß der Konzernbegriff auf Organisationsformen angewandt wird, die durchaus verschiedenen Kategorien vertikalen Zusammenschlusses angehören. Wir haben hier ein typisches Beispiel für die unzureichende Begriffsbestimmung speziell in der Volkswirtschaft. Wenn wir nämlich die bestehenden Organisationen in bezug auf ihre Anpassung an die Entwicklungstendenz der Vertikalgliederung untersuchen, kommen wir zu sich offensichtlich

von einander unterscheidenden Entwicklungsorganisationen zu Konzernbildungen, die wir am übersichtlichsten in folgende drei Kategorien aufteilen können: In erstens diejenigen vertikalen Zusammenschlüsse, die sich entwicklungsgemäß aus den reinen Industrieunternehmungen in systematischem Ausbau und Angliederung herauskristallisiert haben - die gemischten Betriebe. Zweitens in die Angliederungen in Konzernform, die als Werksgemeinschaften unter der Auswirkung der Kriegsschäden, der Gebietsabtretung und der Bestimmungen des Versailler Vertrages zustande gekommen sind, und schließlich diejenigen Zusammenschlüsse, die als Mittel zur Intensivierung und Rationalisierung der Produktion in den Dienst des Wiederaufbaus und der Begründung einer weiterentwickelten Wirtschaftsform gestellt sind.

Die erste Kategorie der Vertikalgliederung

reicht tief in die Vorkriegszeit hinein und ist der Ausdruck ganz natürlicher Weiterentwicklung. Nichts war naheliegender, als daß ein aufblühendes Werk daran ging, sich eine eigene Erzeugnis zu schaffen, ihr eine Kohlenbasis anzugliedern, die Fabrikation auszubauen und statt ausschließlich Roheisen oder Rohstahl zu erzeugen, auch die Weiterverarbeitung aufzunehmen. Zunächst Halbfabrikate zu fabrizieren, später Werke Grob-, Fein-, Schienen-, Träger-, Draht- oder andere Straßen zu bauen. Dem Schienenwalzwerk eine Räderfabrik anzugliedern, Radfahne herzustellen, Eisenbahnoberbaumaterial daraus zu entwickeln und schließlich Waggons, Lokomotiven und Tender in ihr Fabrikationsprogramm aufzunehmen. Von der Eiserei führte der zweite Weg zur Maschinenfabrikation mit ihren Ausbaumöglichkeiten. Es führte ein Weg zur Wasser-, Gas- und Elektrizitätswirtschaft, zum Verkehr, zum Handel und all den übrigen Zweigen, so daß am Ende unter der Einwirkung der aufsteigenden Konjunktur jene Großunternehmungen mit ausgeprägten vertikaler Gliederung entstanden waren, welche speziell der Montanindustrie ihren besonderen Charakter verliehen. Ganz ähnlich dieser Industrie entstanden die vertikalen Großorganisationen in der elektrischen Industrie, der chemischen Industrie, der Textilindustrie und dergleichen mehr.

Mit ihr im engen Zusammenhang steht die dritte Kategorie, die gleichsam eine Weiterentwicklung unter veränderten Voraussetzungen darstellt. Hierunter fallen die großen Konzerne: der A.G.-Konzern, der Anilin-Konzern, die Vereinigten Stahlwerke und andere. Der gemischte Betrieb war im Prinzip eine Einzelunternehmung, ja oft sogar noch eine Familienunternehmung: Krupp. Die Weiterentwicklung ist die planmäßige Zusammenfassung mehrerer Einzelunternehmungen mit gemischten Betrieben zur Herstellung einer geschlossenen Produktionskala mit den oben geschilderten Tendenzen unter zentraler Organisation - : Stinnes-Konzern, Vereinigte Stahlwerke, Anilin-Konzern usw. Die Weiterentwicklung besteht also in einer Doppelseitigkeit, in der Zusammenfassung mehrerer Großunternehmen zu einem Riesenunternehmen, dem Konzern, und in der Fortführung der Tendenz nicht nur die Produktion vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat in einer Organisation zu bewerkstelligen, sondern auch durch die so erzielte Regelung des Produktionsaufstiegs zu einer erneuten Intensivierung und Ausschaltung der Zwischenkosten, des Zwischenhandels und der Monopole zu kommen. Die reine Verkörperung dieses Zieles treffen wir zurzeit noch sehr selten. Gerade diese Kategorie ist erst das Produkt der allerfrühesten Entwicklung. Beispiel: Die Vereinigten Stahlwerke.

Zwischen beide Kategorien schiebt sich die zweite Erscheinungsform: der Vertikalzusammenschluß durch den Krieg auseinandergerissener Unternehmungen. Sie sind nicht entstanden auf Grund planmäßiger Organisation, sorgfältigen Ausgleichs einer Unternehmung mit den aufsteigenden anderen, sondern mehr Notgemeinschaften, Werksgemeinschaften, die, so gut und schlecht es geht, sich gegenseitig am Leben erhalten wollen oder systematisch von vornherein Auswahlpolitik auch in ihren Zusammenschlußarten trieben und dadurch der dritten Kategorie näher kommen, in die sie dann auch übergegangen sind oder gehen werden. Die anderen Zusammenschlüsse aber, die vielfach von Grund aus unorganisch sind, stellen der Form nach zwar auch Konzerne dar, sind aber in bezug auf die Vertikalgliederung auf eine Stufe zu rangieren, die den Gedanken der Rationalisierung und der Planwirtschaft erst dann realisieren können, wenn sie die Voraussetzungen dazu erfüllt haben, sich organisch ineinander zu entwickeln vermögen. Wahrscheinlich aber werden eine ganze Reihe dieser Konzerne lebensunfähig bleiben, denn auch das Problem: vom Rohstoff zum letzten Käufer durch Eigenregie und Eigenbefehl ist nur von wenigen, besonders günstig entwickelten Organisationen zu lösen, nicht von allen, die es möchten.

Aber diese Erfahrung gibt den Kartellen neuen Nährboden. Wo die Konzernierung erfolglos ist, können die Kartelle den Zusammenbruch aufhalten, können sie substanzhaltend fungieren. Daher: die Flucht in die Kartelle. Kartelle sind keine Aufbaumwirtschaft, sind Schutzorganisationen. Weil aber die Wirtschaft im Zeichen des Tiefstandes steht, bedarf sie der Kartelle. Der Weg zur Weiterentwicklung, zur Aufbaumwirtschaft aber liegt in andere Richtung.

beizugehalten. In der Schwerindustrie müsse möglichst weitgehend die dreigeteilte, achtfünfdige Arbeitsschicht wieder zur Durchführung gelangen. Die Lohnpolitik der Unternehmer sei ebenfalls verkehrt. Wenn die Industrie bei gesteigerter Produktion auf die Dauer einen Absatzmarkt für ihre Waren haben wolle, dann müsse sie denselben selbst schaffen helfen. 70 Prozent der deutschen Bevölkerung sind Arbeitnehmer. Von der Kaufkraft dieser Volksmassen wird in Zukunft in weitgehendem Maße der Beschäftigungsgrad der heimischen Industrie abhängig sein. Die heutigen unzureichenden Lohnverhältnisse oder seien geeignet, die Kaufkraft der arbeitenden Schichten immer weiter zu untergraben. Amerikanische Unternehmer wären mit gutem Erfolg andere Wege gegangen. Der Automobil-König Ford zahlte zum Beispiel in seiner in Berlin eingerichteten Fabrik für Facharbeiter einen Wochenlohn von 90 Mark, während ungelernete Arbeiter etwa 78 Mark Wochenlohn erhalten. Trotzdem fabriziert Ford hier in Deutschland billiger als in Amerika. Wenn jetzt die Werksführer der Industriellen in Dresden einer Zusammenarbeit mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft das Wort gerebet hätten, so wäre die christliche Arbeiterkraft ohne weiteres dazu bereit, wenn sich die Unternehmer bereitfinden, sich grundsätzlich umzustellen. Die Arbeiterkraft ist sicheres bereit, am technisch-organisatorischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu arbeiten. Es darf ihr aber andererseits nicht die notwendige Gegenleistung versagt bleiben. Der Arbeiter kritisiert dann noch die Haltung vieler Arbeiterkreise, die heute glauben, ohne den Schutz der gewerkschaftlichen Organisationen auskommen zu können. Im Anschluß an diese beifällig aufgenommenen Darlegungen schilderte Henkemeier, Wülheim, an Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials die zur Zeit sehr günstige Lage des Geldmarktes. Um die Aktien des Stahltrusts habe man sich an der Berliner Börse geradezu gerissen. Dieses wäre ein Beweis dafür, daß alle unterrichteten Kreise mit guten Geschäftsergebnissen beim Stahltrust rechnen. Auch die übrigen großen Werke der Metallindustrie ständen in günstiger Entwicklung. Es müsse also möglich sein, den Arbeitern in der Lohn- und Arbeitszeitfrage Entgegenkommen zu bewiesen. In der Aussprache wurden noch die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben kritisch beleuchtet. Der Ausklang der Versammlung war ein begeisterter Appell an die gesamte Wülheimer Metallarbeiterkraft, sich endlich wieder reflexlos auf dem Boden gewerkschaftlicher Organisation solidarisch zusammen zu finden.

Geldentziehen ist nicht nur die Geburtsstätte mancher Splitterorganisation in den Nachkriegsjahren gewesen, nein hier hatte sich wie wohl an keiner anderen Stelle des rheinisch-westfälischen Industriegebietes der Bolschewismus, Syndikalismus und Kommunismus in den "freien" Gewerkschaften eingenistet und hat für das gesamte Gewerkschaftsleben Unheil angerichtet. Heute noch hat der Kommunismus ein hart beherrschtes Feld im sozialistischen Gewerkschaftslager Hellfischens. In einem Verband ist es naturgemäß härter als im anderen. Es offenbart sich dieses in der Öffentlichkeit besonders bei gewerkschaftlichen Wahlen dadurch, daß die Amerikaner und Moskauer Richtung gegenüber mit großen Propagandaplakaten hervortreten. Aber auch bei anderen Anlässen trat der Gegensatz und der Bruderstreit in die Erscheinung. Nicht zuletzt bei dem alljährlich stattfindenden „Fest der Arbeit“.

In diesem Jahre waren nun die Vorbereitungen für dieses Fest so getroffen und alle Hoffnung vorhanden, daß die Brüderlichkeit in ihrer ganzen Heile erstehen würde. Die besonders herausgehobene Festzeitung brachte auch ein Emblem, welches die Verherrlichung der Einigkeit und den Siegeszug der Arbeit darstellte, mit der Ueberschrift: „Triumph der Arbeit!“ Um das alles zu sichern, waren im Kartell besondere Bestrebungen gefaßt worden. Für alle Festteilnehmer war Jubiläumskarte besorgt. Nun waren aber doch Reichsbannerleute in Windjäden gelommen. Ob nun in Vorahnung dessen, oder auf Grund eines kommunistischen Frontparterreorganisations in vollem Maße an die Spitze des Festzuges. Deshalb gab es große Empörung, Auseinandersetzungen, Bedingungen wurden neu formuliert, doch alles half nichts. Das Ende war die Eingreifen der Polizei und gewaltsame Abfuhr des kommunistischen Frontparterre mit seinem sich vom marschierenden Festzug loslösenden Anhang zum Stadteil Rathhausen. Aber das Fest der Arbeit war gefeiert und der Festzeitung war größter Erfolg zuwiderfahren.

Nach diesem Intermezzo ist nun jeder Teil dabei, seine Unschuld und die Möglichkeit des Handelns zu beweisen. Das Kartell und die Gewerkschaftsversammlungen haben für die nächsten Monate Beratungskraft, der zwar neben den Arbeiterinteressen liegt, aber die Gewerkschaften in Spannung und Stimmung halten wird. Das „Kühnheits“ als kommunistisches Sprachorgan verkündet nämlich folgendes: „Nicht die Verbandsmitglieder sind in die Ecke weisen, wie es eine Reihe von Arbeitern wollen, im Gegenteil, hinein in die Gewerkschaften und hinweg mit Leuten, die mit der Einigkeit der Arbeiter spielen. Jetzt müssen die Arbeiter in den Gewerkschaftsversammlungen mit den Saboteuren und Verräthern an den Interessen der Arbeiter abrechnen.“

Die Zahl der Teilnehmer des Festzuges, der eine Demonstration für wirtschaftliche Gleichberechtigung, Einführung der Gemeinwirtschaft, Einführung des Achtstundentages und dergl. mehr sein sollte, zeigte unverkennbar den Rückgang der „freien“ Gewerkschaften. Wenn im Festzuge und im Festhale das rote Banner nicht fehlte, dann wurde damit der sozialistische Charakter der „freien“ Gewerkschaften wieder einmal zugegeben. Wird noch hi das allgemeine Resümee die holde „Einigkeit und Liebe“, die alles umarmte, zeigen, so offenbart sich das Ganze als Schwäche hinsichtlich dessen, was man will, und soll, zur Freude aller Feinde der Arbeiter aber zum großen Schaden der Gesamtarbeiterkraft.

Trotzdem in diesem und manchen anderen so mancher Mittläufer und Nachzügler sieht, wie das, was er verfolgt, in schöner Parteilichkeit vertreten wird, ziehen sie daraus immer noch nicht die allein richtige Schlussfolgerung: Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Literatur

Die Fabrikarbeit der verheirateten Frau. Ottosformat, 36 Seiten. Preis 0,30 Mark. Zu beziehen durch den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Sitz Düsseldorf, Florastraße 7.

Bei Gelegenheit einer größeren Rundgebung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands am Anlaß des 30jährigen Bestehens einer christlichen Textilarbeiterbewegung in Deutschland, hielt der frühere beim Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und als Schriftleiter der „Deutschen Arbeit“, Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterkraft tätig gewesene Dr. Theodor Brauer, jetzt ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe, einen Vortrag über die Fabrikarbeit der verheirateten Frau. Dieser Vortrag wurde zusammen mit einem wertvollen Anhang statistischen Materials über die in Deutschland und in angrenzenden Ländern beschäftigten weiblichen Erwerbstätigen in Vorkriegsjahren herausgegeben. Kollege Dr. Brauer hat in seinem Vortrage in allgemein verständlicher Darlegung Entfaltung und Umfang der Fabrikarbeit verheirateter Frauen sowie die Gründe für die Fabrikarbeit geschildert. In dem Hauptteil seiner Rede beipricht er die Wirkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen auf die Arbeiterin, auf die Familie und auf das Volk. Der Schlussteil des Vortrages ist den Abwehrmaßnahmen gewidmet. Die Schrift behandelt die Fabrikarbeit der verheirateten Frau — nicht nur etwa die in der Textilindustrie — ganz allgemein und ist darum für alle in sozialen Organisationen Tätigen überaus lesenswert.

Geldbeingänge

Geldbeingänge für die Hauptwoche im Monat August.
 Köln 17. 8. 46,46 M.; Aachen 17. 8. 2000 M.; 24. 8. 387,73 M.; Aachen 17. 8. 6,55 M.; Aachen 7. 8. 517,78 M.; 18. 8. 500 M.; Aachen 15. 8. 62,65 M.; Aachen 2. 8. 446,85 M.; 11. 8. 600 M.; 28. 8. 700 M.; 31. 8. 346,81 M.; Darmen 20. 8. 547,61 M.; Wetzlar 17. 8. 30 M.; Weiden 17. 8. 17,46 M.; Berlin 10. 8. 301,99 M.; 30. 8. 679,52 M.; Wetzlar 20. 8. 50,70 M.; Weiden 14. 8. 500 M.; 18. 8. 450 M.; 20. 8. 120 M.; Weiden 24. 8. 100, 25. 8. 35,40 M.; Wetzlar 18. 8. 50 M.

17. 8. 520 M.; Bochum 17. 8. 120 M.; 17. 8. 1604,59 M.; Bonn 11. 8. 100 M.; 15. 8. 65 M.; 24. 8. 160 M.; Bremen 2. 8. 100 M.; 12. 8. 100 M.; 26. 8. 100 M.; Bremen 15. 8. 30,60 M.; Dresden 23. 8. 429,78 M.; Chemnitz 28. 8. 237,70 M.; Cassel 15. 8. 80 M.; Clausthal 17. 8. 29,45 M.; Dessau 18. 8. 46,60 M.; Düsseldorf 30. 8. 700 M.; Dortmund 20. 8. 2275 M.; 17. 8. 677,64 M.; Duisburg 16. 8. 27,35 M.; 17. 8. 5732,63 M.; Düren 17. 8. 600 M.; 27. 8. 829,30 M.; Düsseldorf 15. 8. 3078,30 M.; Ebing 2. 8. 128,60 M.; 23. 8. 209,95 M.; Erfurt 21. 8. 115,10 M.; Eisdorfer 12. 8. 50 M.; Essen 24. 8. 845,20 M.; 9. 8. 1500 M.; 17. 8. 1300 M.; Frankfurt a. M. 18. 8. 375,78 M.; Fürstentum 13. 8. 60,78 M.; Gurtwangen 18. 8. 116,56 M.; Hellenkirchen 17. 8. 1095,73 M.; St. Georgen 23. 8. 105,10 M.; M. Glabbach 10. 8. 1200 M.; 14. 8. 595 M.; 14. 8. 182,60 M.; Glad 9. 8. 30,32 M.; Grotlich 9. 8. 72,10 M.; Grewenbrück 20. 8. 146,92 M.; Glönsbach 4. 8. 197,30 M.; Hagen 5. 8. 300 M.; 15. 8. 500 M.; 23. 8. 293,36 M.; 24. 8. 500 M.; Hamburg 4. 8. 544 M.; Hamburg 26. 8. 200 M.; Hamm 3. 8. 200 M.; 18. 8. 1400 M.; Hannover 5. 8. 200 M.; 12. 8. 300 M.; 19. 8. 200 M.; Hildern 19. 8. 624 M.; Hiltobesheim 15. 8. 241,75 M.; 19. 8. 600 M.; Hindenburg 18. 8. 100 M.; Höchst 9. 8. 250 M.; 13. 8. 270 M.; 30. 8. 850 M.; Hörde 17. 8. 3,73 M.; Höpfer 19. 8. 35,70 M.; Jauer 15. 8. 99 M.; Jüngst 14. 8. 61,30 M.; 25. 8. 400 M.; Jserloh 15. 8. 80 M.; 20. 8. 270 M.; Kempen 18. 8. 20 M.; Riel 24. 8. 200 M.; Köln 20. 8. 1000 M.; 20. 8. 1833,76 M.; Königsberg 19. 8. 31,51 M.; Krefeld 17. 8. 30,26 M.; Küdnig 11. 8. 167,45 M.; Leipzig 9. 8. 320 M.; 15. 8. 150 M.; 24. 8. 172,95 M.; 30. 8. 200 M.; Pippstadt 2. 8. 180 M.; 9. 8. 150 M.; 13. 8. 150 M.; 18. 8. 700 M.; 20. 8. 35,03 M.; Lübeck 24. 8. 44,40 M.; Lüdenscheid 15. 8. 150 M.; 26. 8. 350 M.; Ludwigshafen 17. 8. 1482,80 M.; Malmik 15. 8. 95 M.; Mannheim 12. 8. 200 M.; 15. 8. 88 M.; 17. 8. 80 M.; 24. 8. 100 M.; Magdeburg 2. 8. 47,75 M.; Marktredwitz 13. 8. 88,47 M.; Mechernich 20. 8. 309, 02 M.; Meisen 9. 8. 43,10 M.; Mendern 23. 8. 900 M.; Mettmann 24. 8. 571,90 M.; Mülheim 4. 8. 1250 M.; 10. 8. 1900 M.

17. 8. 470 M.; 25. 8. 650 M.; München 14. 8. 498,25 M.; Münster 17. 8. 901,79 M.; Neheim 14. 8. 800 M.; 23. 8. 650 M.; Neife 21. 8. 67,30 M.; Neurobe 18. 8. 12,75 M.; 18. 8. 180 M.; Neufals 30. 8. 608,41 M.; Neuwied 14. 8. 334,20 M.; Nürnberg 17. 8. 350 M.; 28. 8. 616,47 M.; Offenbach 19. 8. 382,40 M.; Oler 24. 8. 281,30 M.; Ope 21. 8. 34,50 M.; 24. 8. 1006,52 M.; Oisberg 12. 8. 235 M.; 13. 8. 254,42 M.; 31. 8. 180 M.; Osnabrück 3. 8. 605,10 M.; 17. 8. 1016,75 M.; Papenburg 12. 8. 47,18 M.; 14. 8. 14,75 M.; Pöfod 9. 8. 37,82 M.; Saalfeld 27. 8. 15,87 M.; Schönach 15. 8. 81,48 M.; Schönwald 12. 8. 28,04 M.; Schweidnitz 10. 8. 43,01 M.; Schweinfurt 20. 8. 1007,18 M.; Schwelm 17. 8. 200 M.; Schwemlingen 26. 8. 115,18 M.; Siegen 18. 8. 600 M.; 20. 8. 172,46 M.; 7. 8. 270 M.; Solingen 6. 8. 477,37 M.; 14. 8. 1000 M.; Sömmerberg 7. 8. 94,30 M.; 11. 8. 68,38 M.; Stettin 20. 8. 55,85 M.; Stolberg 30. 8. 1458,83 M.; Stuttgart 11. 8. 225,75 M.; 19. 8. 537,85 M.; 23. 8. 700 M.; Thale 17. 8. 125,25 M.; Triebitz 15. 8. 207,06 M.; Turtlingen 25. 8. 345,27 M.; Troisdorf 20. 8. 665,15 M.; Ulm 13. 8. 7,15 M.; Welsert 21. 8. 1499,47 M.; Willingen 26. 8. 275,65 M.; Wöhrenbach 10. 8. 8,17 M.; Waldfisch 2. 8. 96,20 M.; 30. 8. 89,25 M.; Wörsch 24. 8. 146,18 M.; 26. 8. 530 M.; Wülheim 18. 8. 10,70 M.; Wismar 11. 8. 7,70 M.; Witten 17. 8. 93,84 M.; Würzburg 18. 8. 10,70 M. — Die Verwaltungskassierer wollen die genannten Geldbeingänge mit den von ihnen eingelangten Abrechnungsgeldern vergleichen und etwaige Anstände umgehend der Hauptkasse mitteilen.

Bekanntmachung

Donstag, den 19. September, ist der 39. Wochenbeitrag fällig.

Vom Problem des Mitbestimmens

Von Hubert Schmitz, Essen.

Nachhaltig ist seit jeher in der christlichen Gewerkschaftsbewegung das Problem des Mitbestimmens der Arbeiter in der Wirtschaft angepackt worden. Propagierung des Genossenschaftsgedankens unter der Arbeiternehmerschaft, Förderung der Konsum- und Produktivbewegung, um die Verbraucher zu Herstellern und Verteilern ihrer Bedarfsgüter zu machen, Gründung und Anteilnahme an den verschiedensten Versicherungsgesellschaften, um auch hier ansehnliche Arbeiterkapitalien den Bestrebungen der Arbeitnehmer zugänglich zu machen, Beteiligung an wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen, umfassende Beschaffung von Eigenheimen, weitere liegen vor uns. Sicher wären der Erfolge noch größere zu verzeichnen, hätten wir uns nicht in den letzten Jahren den außergewöhnlichen Zeitverhältnissen gegenüber befunden. Bei prosperierender Wirtschaft, in Zeiten fruchtbarster gewerkschaftlicher Tätigkeit, zu einer Zeit auch, wo der einzelne Arbeiter sich größerer Beweglichkeit erfreuen kann, hätte sicher die ganze Frage des Mitbestimmens ein anderes Gesicht bekommen.

Dennoch wurde nicht unterlassen, ganz ernsthaft dem Problem nachzugehen, um immer mehr einer ausreichenden Lösung näher zu kommen. Die mannigfachen Ueberlegungen wurden angestellt. Auf dem Gewerkschaftskongress in Essen 1920, also in der Zeit, in der im Lande, in Staat und Wirtschaft noch die stärksten Gärungen vorhanden waren, da wurde für die Arbeiterkraft eine andere Stellung in Betrieb und Wirtschaft verlangt. Sie sollte zu verantwortlichen Mitträgern der Wirtschaft gemacht werden. Die Erörterungen in Essen über die „Gleichberechtigung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft“ gaben für dieses Verlangen zielsichere Begründung. Wunderbar abgerundet sind die diesbezüglichen Beratungen Essens wiedergegeben in dem Jahresbericht 1921 des „Frankfurter sozialen Archivs“.

... ihre aktuelle Bedeutung liegt vielmehr in einer gewerkschaftlichen Zielsetzung, die ausdrücklich über eine nur klassenmäßige Lohninteressenpolitik hinausweist, indem sie den Arbeiterberufsbereich zum verantwortlichen Mitträger der Produktion erhebt. ... Abgelehnt wird einerseits das „individualistisch-kapitalistische Wirtschaftssystem“, andererseits der „bürokratische Wirtschaftszentralismus“, der Staatskapitalismus der Marxisten; anerkannt einerseits die unerlässliche freie Initiative der Wirtschaftsführer, die Unternehmerfunktion, sofern sie als Amt, nicht nur als Geschäft, als Dienst, nicht nur als Verdienst, erfüllt wird, gefordert, andererseits die produktive Mitbestimmung und Mitbeteiligung aller ausführenden Arbeiter.“

Eine vortreffliche Interpretation der Essener Arbeiten zu diesem wichtigen Problem. Die nächstfolgende größere Tagung der christlichen Gewerkschaften war die Kölner Jubiläumstagung 1924. Die tiefgründige Durchsicht der 25jährigen Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften und die sich daraus ergebenden Folgerungen für die künftige Arbeit, gaben Gelegenheit, auch für diese Zukunftsarbeit das Problem des Mitbestimmens erneut in den Vordergrund zu stellen.

„Genau wie vor hundert Jahren, wo das Groß des preußischen Volkes aus unehelichen Bauern bestand, Freiber von Stein dieses Volk an Heimat und Vaterland, durch eine andere Stellung in Staat und Wirtschaft, durch Beteiligung am Besitz zu interessieren suchte, muß den 70 Prozent Gehalts- und Lohnempfängern, die heute das deutsche Volk bilden, eine andere Stellung als die eines bloßen Gehalts- und Lohnempfängers in der Wirtschaft verschafft werden. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, wonach die Gehalts- und Lohnempfänger zu Einzel- und Kollektivem gelangen und durch Mitverwaltung und Mitbestimmung in die Wirtschaft hineinwachsen können. Der Wege dahin gibt es viele. Einblicke in die Wirtschaft, Einfluß auf die Wirtschaft, muß die Verantwortung für die Wirtschaft gewandt werden.“ Das war die Begründung für den in den letzten Jahren so außerordentlich viel beachteten Beschluß der Kölner Tagung, wonach die organisierte Arbeiterkraft, die organisierte Sparkraft und die organisierte Konsumkraft auf den Gedanken umgestellt werden sollen, daß die Arbeitnehmer weitgehend in den Mitbestimmung und Mitverwaltung der Wirtschaft hineinwachsen sollen.

Besondere Behandlung erfuhr dann das Problem auf der Herbsttagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Saarbrücken 1925. Der Standwerdung der Arbeiterkraft galten die Erörterungen. — Das war die neue Idee — kollektives Arbeitnehmerkapital, ertrag- und einflußsuchend planmäßig in die Wirtschaft hineingeführt wird, das „als kollektives Machtmittel in die Hände der Gewerkschaften zu vereinen und von dort aus zum Wirtschaft hineinzuführen, das „als kollektives Machtmittel in den soll“. Hier wurden als Wege zum Ziel die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen und Kreditgewährung an die Wirtschaft sachverständig untersucht. Zur weiteren Verfolgung dieser Wege, wie überhaupt zur Erschließung der verschiedensten Wege, wurde eine Kommission eingesetzt. Mit Rücksicht auf die Arbeiten dieser Kommission wurde dann auf dem Gewerkschaftskongress in Dortmund im April d. J. erneut die bisherigen Wege der Selbsthilfe behandelt. Der Vortrag über Mitbestimmungsrecht und Mitbestimmung der Arbeiter in der Wirtschaft gab dann die angiebige Begründung zu dem Beschluß des Kongresses, wonach die erstrebte gleichberechtigte Mitbestimmung und Mitbestimmung der Arbeit in Betrieb und Wirtschaft in verstärktem Maße auf dem Wege über den Mitbestimmung in der Wirtschaft erreicht werden kann.

Wurde so in der Gewerkschaftsbewegung in bemerkenswerter Weise dem Problem nähergerückt, so fand auch anderswo daselbst mehr und mehr Interesse. So nimmt auch das Würzburger Programm der kath. Arbeitervereine mit seinen Erläuterungen darauf Bezug. In den Kapiteln über Wirtschaftsordnung wird die Beteiligung der Arbeiter, ob sie eine Teilnahme an der Verwaltung, oder an dem Ertrage oder gar am Besitz ist, hervorgehoben. „Dynt Beteiligung am Besitz erscheint die sonstige Mitwirkung an der Verwendung der Produktionsmittel nicht hinreichend, um der Arbeitskraft gebührend Anteil an den Erträgen zu sichern. Hier liegen noch Wege für die Zukunft offen.“ Gestützt auf diese wichtigen Programmforderungen haben dann mehr und mehr von prominentesten Führern der Arbeitervereinsbewegung auf bedeutsamen Tagungen diese Fragen behandelt, so daß auch von dieser Seite starke Förderung erwartet werden kann.

Besondere Beachtung verdient dann noch, was neuerdings der Verband der KKB. auf seiner diesjährigen 46. Generalversammlung in Frankfurt a. d. Oder in der Entscheidung zur Arbeitsgemeinschaft zu sagen hat. „Das Problem des Mitbestimmens muß aus der theoretischen Erörterung herausgehoben und der Verwirklichung näher gebracht werden.“ Diese Stellungnahme interessiert um so mehr, als bekanntlich der Verband der KKB. eine paritätisch mit Arbeitgeber und Arbeitnehmern zusammengesetzte Organisation darstellt. Angesichts der Mitwirkung der Arbeitgeber wird man besonders gespannt sein dürfen, was nun hier zur praktischen Verwirklichung getan bzw. empfohlen wird.

All diese Feststellungen lassen erkennen, wie sehr stark das Problem des Mitbestimmens verfolgt und wie um ausreichende Verwirklichung gerungen wird. Die stärksten Triebkräfte aber müssen in der Gewerkschaftsbewegung gesucht und aufgebracht werden. Sie sind die wirtschaftliche Interessenvertretung. Schon die bisherigen Errungenschaften mahnen zu weiterer entscheidender Betätigung. Neben den bisherigen Wegen müssen aber auch alle sonstigen Mittel erschöpft werden. Es wird kein Zweifel darüber bestehen, daß das Maß des Mitbestimmens abhängig sein wird, von den finanziellen Mitteln, welche für diese Zwecke bereit gehalten werden können. Die Kapitalkräfte werden entscheiden. Und so gewinnt auch die als Treuhänder für die Arbeiterkapitalien der christlichen Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufene Deutsche Volksbank besonderes Interesse. Neben der Ruhbarmachung der Organisationsgelder und der Vermögensbestände ist ihr die Erfassung der Spargrößen der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten übertragen. Die organisierte Sparkraft aber soll mit darauf eingestellt werden, das Hineinwachsen der Arbeitnehmer in die Wirtschaft zu erreichen. Die Förderung der Sparaktivität bei der Deutschen Volksbank wird als wesentlich zur Bewältigung des Mitbestimmens beitragen können. Nachdrücklich muß dann immer wieder der Beschluß des Dortmunder Gewerkschaftskongresses in den Vordergrund gestellt werden, durch Stärkung und gute Organisation der Sparkraft sowie durch systematische Verwendung des Sparkapitals dem Ziel der gleichberechtigten Mitwirkung in Betrieb und Wirtschaft zuzustreben.